

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 82 (2002)
Heft: 7-8

Artikel: Überleben von Kleinstaaten
Autor: Schenk, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-166711>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Willy Schenk ist Historiker und Journalist. Er promovierte 1966 an der Universität Zürich. Für den Zürcher «Tages-Anzeiger» berichtete er aus Deutschland, aus den USA und aus dem Bundeshaus in Bern. Als Redaktor des Tages-Anzeiger-Magazins schrieb er Beiträge über Skandinavien und Regionen an der Ostsee. Seit 1997 schreibt er regelmässig Kolumnen in estnischen Zeitungen. Bei Vorträgen in Finnland und in den baltischen Staaten informiert er über zeitgenössische Probleme aus Schweizer Sicht.

ÜBERLEBEN VON KLEINSTAATEN

Die Zahl der Kleinstaaten hat seit dem Zweiten Weltkrieg dramatisch zugenommen. Zählte man vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges 40 unabhängige Staaten, so umfassen die Vereinten Nationen heute deren 190. Das jüngste Mitglied – die Nummer 190 – ist die Schweiz, deren Bürger erst Anfang März des Jahres 2002 dem Beitritt zugestimmt haben. Aber was ist ein Kleinstaat und was zählt seine Stimme? Welche Übereinstimmungen und welche Unterschiede zeigen sich etwa bei einem Vergleich mit Estland?

Die Schweizer bezeichnen sich selbst als kleines Land und ergreifen bei politischen Konflikten spontan Partei für David – gegen Goliath. Auf der Europakarte nimmt das Land weniger Raum ein als Estland. Mit etwas über 7 Millionen Einwohnern steht die Schweiz aber bei den 190 Uno-Mitgliedern bevölkerungsmässig ungefähr in der Mitte. Estland mit knapp 1,4 Millionen Einwohnern folgt auf Rang 140 und hat damit mehr Gewicht als die 50 kleinsten Mitglieder. Unter den 183 Mitgliedern des Internationalen Währungsfonds und bei der Weltbank liegt die Schweiz aufgrund einer aus Wirtschafts- und Finanzzahlen errechneten Quote auf Platz 13. Sie leitet die Stimmrechtsgruppe «Helvetistan» (zu der auch Polen und Serbien gehören) und stellt in beiden Instituten jeweils einen von 24 Exekutivdirektoren.

Das Bruttosozialprodukt pro Kopf ist in der Schweiz rund zehnmal grösser als in Estland. Da auch die Schweizer Bevölkerung rund fünfmal grösser ist, wächst der Unterschied. Wegen ihrer Industrie, vor allem aber wegen der Rolle des Finanzplatzes bei Investitionen, wird der Schweiz bei den Finanzinstituten in Washington der Quotenplatz 13 zugeteilt. Die Schweiz ist politisch ein Kleinstaat, wird aber in der Industrie zu den mittleren und bei den Investitionen sogar zu den grösseren Teilnehmern gezählt. Dass je ein Schweizer am Tisch der Exekutivdirektoren sitzen darf, bedeutet aber nicht, dass das Land auch eine Rolle spielt. Traditionell wird die Weltbank von einem Amerikaner und der Währungsfonds von einem Europäer präsidiert. Bei wichtigen Fragen haben die USA eine Sperrminorität. Es ist ohnehin wenig wahrscheinlich, dass eine grössere

Entscheidung gegen den Willen der einzigen militärischen Supermacht USA beschlossen wird. Die Finanzinstitute in Washington sind auf Konsens angewiesen. Ein Auszug der Amerikaner würde die Organisation zur Bedeutungslosigkeit verdammen. Selbst eine Verärgerung der Europäischen Union oder Japans wäre mit einer nicht akzeptablen Funktionsstörung verbunden. Stimmrechte und Rangordnung haben an diesem Tisch auch deshalb beschränkte Bedeutung, weil die politisch instabile Welt einen Sheriff braucht. Diese Rolle wird zurzeit von der einzigen militärischen Supermacht Amerika ausgeübt. Die USA lassen sich als *primus inter pares* in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, in die beiden Finanzinstitute und in die Welthandelsorganisation WTO integrieren. Diese Einbettung legitimiert die Entscheidungen der Supermacht und ermöglicht zugleich eine gewisse Mitbestimmung der grösseren Mitglieder. Aber alle wissen, dass die Supermacht auf eigene Faust handeln kann, wenn vitale amerikanische Interessen berührt sind oder wenn ein amerikanischer Präsident sich für den Alleingang entscheidet.¹

Mit der Position 13 hat die Schweiz bei den Finanzinstituten in Washington ein ähnliches Gewicht wie der mittelgrosse Staat Spanien. Aber eigentlich sitzt gar nicht der Kleinstaat Schweiz am Tisch, sondern der Finanzplatz. Die Quote in Währungsfonds und Weltbank rührt daher, dass Schweizer Banken nahezu ein Drittel der ins Ausland verlegten Privatvermögen der Welt verwalten und dass eine beachtliche Zahl von multinationalen Firmen ihren Hauptsitz in der Schweiz hat. Dieser Umstand beeinflusst das Abstimmungsverhalten und die Voten der beiden Schweizer

¹ Vergleiche zum amerikanischen Unilateralismus «Weltmacht ohne Gegner – Amerikanische Aussenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts» von Peter Rudolf, Jürgen Wilzewski (Hrsg.), Baden-Baden 2000.

Exekutivdirektoren. Ratschläge der Schweizer Regierung, Vorstösse des Parlamentes oder gar Initiativen des Schweizer Volkes sind hier nicht gefragt. Anliegen der Finanzinstitute ist es, finanziell bedeutsame Kräfte zur Mitarbeit zu verpflichten. Die Schweiz muss sich entsprechend ihrer Quote beteiligen an weichen Krediten für arme Länder und sie muss sich engagieren, wenn die Zahlungsunfähigkeit eines grösseren Landes die Stabilität des weltweiten Finanzsystems gefährdet. Das Gleiche gilt für die Schweizer Beteiligung an der Institution zur Bekämpfung der Geldwäsche (FATF), die auf Wunsch der 7 grössten Industriemächte (G7) geschaffen wurde. Zwar rühmen die Schweizer ihre Pionierrolle im Kampf gegen die Geldwäscherei. Aber der Finanzplatz Schweiz wurde einbezogen, weil er durch die Verwaltung von Privatvermögen besonders anfällig ist für die Plazierung von schmutzigen Geldern.

Die Einbindung in solche Organisationen beschränkt die Autonomie. Die Einschränkung schmerzt die Grossen allerdings mehr als die ohnehin zur Anpassung verurteilten Kleinen. Dies zeigt sich etwa bei der Welthandelsorganisation WTO. Die USA haben sich schon immer selber zu ihrem Recht verholten. Sie befolgen daher die WTO-Regeln unwillig und in bestimmten Fällen – wie etwa der einseitigen Verhängung von Stahlzöllen im Jahr 2002 – gar nicht. Im Jahr 2001 entschied das WTO-Schiedsgericht überraschend zugunsten der Europäischen Union, welche die USA wegen der steuerlichen Begünstigung von Exportfirmen durch den Sonderstatus für Foreign Sales Corporations verklagt hatte. Die EU reagierte auf den Entscheid des Schiedsgerichts mit Zurückhaltung. Sie weiss, dass das Problem höchstens durch einen Kompromiss zwischen Washington und Brüssel zu lösen ist. Ein einseitiges Nachgeben kann man den Amerikanern nicht zumuten, und ein Handelskrieg zwischen den beiden grössten Handelsblöcken wäre ein Unglück für alle. Für Kleinstaaten bietet die Anrufung des Schiedsgerichts der WTO allerdings einen Schutz, weil kein Mitglied gerne als unfairer Partner erscheint. Während die Grossen sich bei der Verletzung der Regeln notfalls selber wehren können, profitieren die Kleinen vom Interesse der Mitglieder an ihrem guten Ruf. Formal braucht die

.....

*Während die
Grossen sich bei
der Verletzung
der Regeln
notfalls selber
wehren können,
profitieren die
Kleinen vom
Interesse der
Mitglieder an
ihrem guten Ruf.*

.....

Aufnahme neuer WTO-Mitglieder Einstimmigkeit. Aber es wäre naiv, wenn ein baltischer Politiker daraus ableiten wollte, sein Land könnte als WTO-Mitglied den Beitritt von Russland blockieren.

Erfolgreich in Nischen

Dass Bürger in kleineren Ländern nicht unbedingt auch kleinere Einkommen haben, zeigt die Liste der Pro-Kopf-Einkommen, die vom EU-Mitglied Luxemburg angeführt wird. Das Land hat zwar weniger als eine halbe Million Einwohner, aber dafür mehr Banken pro Kopf als andere Länder. Für Ökonomen ist die Grösse eines Landes ein untergeordneter Faktor. In seinem Buch «The Competitive Advantage of Nations»² wählte der Harvardprofessor Michael E. Porter zehn Musterschüler von recht unterschiedlicher Grösse aus. Singapur, Schweiz, Dänemark und Schweden werden nach den gleichen Kriterien untersucht wie die mittelgrossen Länder Italien, Korea und die drei führenden Industriestaaten USA, Japan und Deutschland. Was Grosse und Kleine unterscheidet, ist in erster Linie die Bedeutung des Heimmarktes. Während die USA nur 8 Prozent ihrer Güter und Dienstleistungen exportieren, sind es bei Kleinstaaten wie der Schweiz 30 Prozent oder mehr. Wer wie die Amerikaner in erster Linie für den grossen Heimmarkt produziert, konzentriert sich auf Massenproduktion (*economy of scale*), um über hohe Stückzahlen die Preise zu senken. Kleinstaaten ohne bedeutsamen Heimmarkt werden sich dagegen auf Nischen spezialisieren, wo die Qualität der Produkte wichtiger ist als der Preis. So verkauft die Schweiz handgemachte Golduhren und importiert auf dem Fliessband hergestellte Autos.

Das Erfolgsrezept für die Kleinen heisst Flexibilität und Anpassung. Wegen ihrem geringen Heimmarkt mussten sich Schweizer Unternehmen auf die Bedürfnisse, den Geschmack und auch die Sprache der Nachbarländer ausrichten (Porter, a.a.O., S. 307). Der Wettbewerb konzentrierte sich auf die Suche nach Marktnischen in Europa und Übersee. Die geographische Lage und die Mehrsprachigkeit des Landes erwiesen sich dabei als Vorteile. Beide Faktoren könnten auch im Baltikum eine Rolle spielen, wie der in Estland verwen-

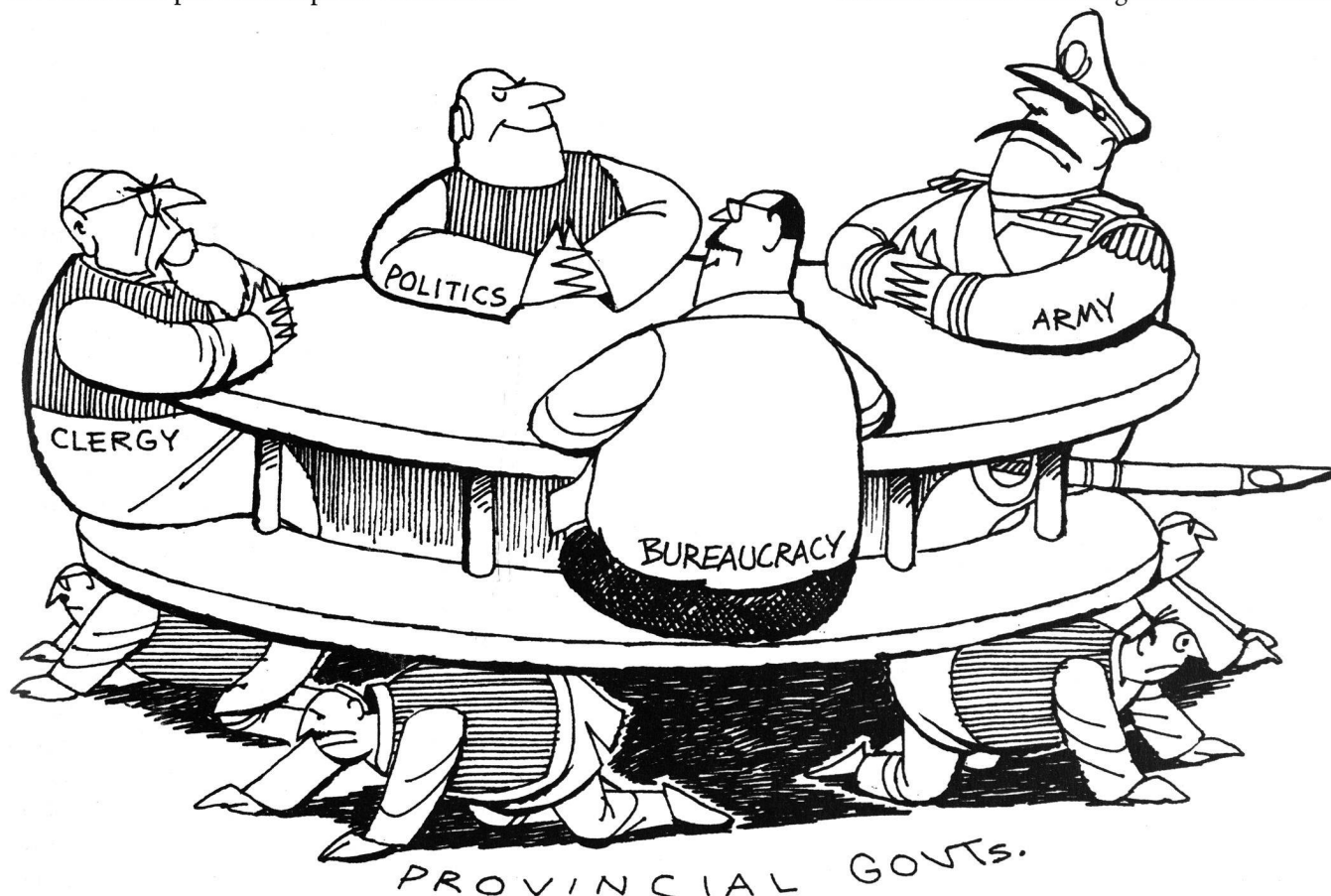
2 Michael Porter, *Competitive Advantage*, New York 1990.

dete Slogan «Tor des Ostens» andeutet. Auch hier geht es um die Vermittlung zwischen unterschiedlichen Bedürfnissen und Konsumgewohnheiten, sowie um die Überwindung von Sprachbarrieren. Für Porter sind Wettbewerbsvorteile eine dynamische Sache. Wie die Leistungskraft eines Sportlers werden solche Stärken aufgebaut und können auch wieder verschwinden. Bei der heutigen Schweiz konstatiert der amerikanische Ökonom (a.a.O., S. 712) ein Nachlassen der Fitness. Dem reich gewordenen Land fehle die Motivierung, was zu einem Rückgang der Anpassungs- und Risikobereitschaft und zu einem schwachen wirtschaftlichen Wachstum geführt habe. Die Personalchefs von Schweizer Firmen kann diese Feststellung nicht überraschen. Sie haben Mühe, tüchtige Mitarbeiter für Aussenposten zu finden, und wissen daher längst, dass die Prosperität nicht zur Wettbewerbsfähigkeit beiträgt.

Porters Ideal ist ein Industrieland, das ständig an der Spitze bleibt und immer anspruchsvollere Produkte herstellt. Massstab für den Fortschritt ist die Wertschöpfung (*value added*), die auch immer qualifiziertere Mitarbeiter und immer höhere Investitionen pro Arbeitsplatz voraussetzt.

Die Wirtschaft ist
aufgespalten
in einen
wettbewerbs-
fähigen
Exportsektor
und eine
nachhinkende
Binnenwirtschaft.

In der führenden Wirtschaftsmacht Amerika ist das weitgehend möglich, dank Spitzengehältern für Manager, dank der weltweiten Abwerbung von Spezialisten und der fortwährenden Einwanderung von Aufstiegswilligen. Weil der Dollar die dominierende Währung ist, investiert zudem die ganze Welt in den USA, und die Führungsmacht profitiert von einem massiven Kapitalimport. Die Konzentration auf lukrative Dienstleistungen hat allerdings auch in Amerika Befürchtungen geweckt. So diskutiert man über das Abwandern von Industriesektoren und die Gefährdung der Autonomie in der Rüstung. Im kleinen Industrieland Schweiz ist die Konzentration auf Dienstleistungen und Finanzgeschäfte von Stresssymptomen begleitet. Das Land hat zu wenig kompetente Manager und zu wenig qualifizierte Fachleute. Die Wirtschaft ist aufgespalten in einen wettbewerbsfähigen Exportsektor und eine nachhinkende Binnenwirtschaft. Winfried Ruigrok an der Hochschule St. Gallen weist in einer Untersuchung nach, dass die Aktien der 50 grössten Schweizer Unternehmen mehrheitlich Ausländern gehören und dass auch viele Führungspositionen von Ausländern besetzt sind. Trotzdem lassen Führungskrisen den Schluss



zu, dass ungeeignete Schweizer Topfunktionen ausüben. (Vgl. dazu den Artikel «Swiss corporate governance». «The Economist» March 2nd 2002.) Die von den amerikanischen Ökonomen *B. Balassa* und *Paul Samuelson* untersuchte Spaltung der Wirtschaft, der Balassa-Samuelson-Effekt, resultiert aus dem Übergewicht eines Industriezweiges wie etwa den Finanzdienstleistungen in der Schweiz. Die multinationalen Firmen rekrutieren Manager und Fachleute immer mehr im Ausland. Diese Internationalisierung bedeutet weniger nationale Loyalität und weniger Einfluss von Regierung und Parlament, denn die entscheidenden Orientierungspunkte solcher Unternehmen sind Börsen und internationale Investoren.

Über Schicksal und Glück

In der Ökonomie gehören Politik und Geschichte zu den externen Faktoren. Wer von Schicksal oder gar von Glück spricht, wird schief angeschaut. Aber die Schweiz hat ihren wirtschaftlichen Erfolg massgeblich solchen äusseren Faktoren zu verdanken. Die Entwicklung wurde schon in der vorindustriellen Zeit vom Zustrom qualifizierter Einwanderer bestimmt.³ So kam die Seidenverarbeitung mit italienischen Glaubensflüchtlingen ins Land. Handwerke wie Buchdruck und Goldschmiedekunst wanderten mit Glaubensflüchtlingen aus Deutschland ein. Die Uhrenindustrie und das Bankwesen sind Mitbringsel der aus Frankreich vertriebenen Hugenoten. Dass die Industrialisierung nicht ein Produkt der Alpen ist, verraten schon Firmennamen wie etwa Brown-Bovery, Ciba-Geigy, Sandoz und Roche. Die Schweizer Maschinenindustrie verdankt ihre Entstehung der englischen Kontinentalperre gegen Napoleon. Diese blockierte den Import englischer Maschinen für Spinnereien und Webereien, und die Textilindustrie musste sich diese Produkte aus den eigenen Reparaturwerkstätten beschaffen. Die chemische Industrie ist ein Kind der Farb- und Gerbeprozesse in der Textilindustrie. Sie erhielt Auftrieb in den beiden Weltkriegen, bei denen sie im Unterschied zur deutschen Konkurrenz den Zerstörungen entging. Trotz der frühen Industrialisierung war die Schweiz aber bis zum Zweiten Weltkrieg kein reiches Land.

Die Schweiz ist
politisch ein
Kleinstaat, wird
aber in der
Industrie zu den
mittleren und bei
den Investitionen
sogar zu den
grösseren
Teilnehmern
gezählt.

Der Reichtum kam mit dem stürmischen Wirtschaftswachstum nach dem Zweiten Weltkrieg. Das vom Krieg verschonte neutrale Land befand sich mitten im zerstörten Europa und bildete hier eine Oase mit intakter und gut diversifizierter Industrie. Angesichts der Bedrohung durch Sowjetunion und Kommunismus waren die USA an einem schnellen Wiederaufbau in Westeuropa interessiert und trugen im Marshall-Plan zu dessen Finanzierung bei. Die vom Krieg verschonte Schweizer Industrie wurde zum begehrten Lieferanten in einer industriellen Grossbaustelle. Innert 25 Jahren, zwischen 1949 und 1973, vergrösserte sich der Schweizer Aussenhandel um das Sechsfache und das Bruttoinlandprodukt (BIP) hat sich in dieser Phase mehr als verdoppelt.⁴ Gleichzeitig wurden die USA zur führenden Industrienation, die bis in die Siebzigerjahre des letzten Jahrhunderts die Hälfte der industriellen Produktion erzeugte und dank im Kriege entwickelten neuen Technologien auch Forschung und Entwicklung dominierte. Wenn in den Siebzigerjahren das Schweizer Wachstum erlahmte und die amerikanische Industrie empfindliche Rückschläge hinnehmen musste, so war dies eine Normalisierung. Auch die im Weltkrieg besiegten Länder Japan und Deutschland hatten jetzt ihr Wirtschaftswunder.

In der Schweiz wurde eine sparsame Bevölkerung so reich, dass sie jetzt Kapital exportieren konnte. Das einzige europäische Land mit freiem Kapitalverkehr wurde nach 1945 auch zum Bankier Europas. Das Industrieland verwandelte sich seit den Sechzigerjahren des 20. Jahrhunderts in ein Zentrum für finanzielle Dienstleistungen. Heute bestehen 6 Prozent des Schweizer Volkseinkommens aus Zins für im Ausland angelegte Gelder. Der Finanzplatz wurde zum Schlüsselement für den nationalen Wohlstand. Der Finanzplatz, das sind Banken, Versicherungen und Vermögensverwalter, beschäftigt 5 Prozent der Arbeitskräfte, erzeugt 14 Prozent der Wertschöpfung und bezahlt 20 Prozent der staatlichen Steuereinnahmen.⁵ Kein Wunder, dass Michael Porter bei den Schweizern eine gewisse Rentnerhaltung feststellt. Das Risiko bleibt dem Land allerdings auch als Finanzplatz erhalten. Über die internationalen Banken und

3 Henner Kleinewefers, *Die schweizerische Volkswirtschaft*, 4. Auflage 1993, Frauenfeld.

4 Rolf Kappel, Oliver Landmann, *Die Schweiz im globalen Wandel*, Zürich 1997, 31. Das Buch ist der Schlussbericht des Nationalen Forschungsprogramms 28.

5 Rolf Kappel, *Die Schweiz*. 61. Die Angaben des Lausanner Wirtschaftsforschungsinstituts Créa, *Neue Zürcher Zeitung*, 19. Februar 2002.

Versicherungen ist es an Krisen und Verlusten beteiligt wie etwa dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 oder dem Bankrott der amerikanischen Energiefirma Enron. Zudem dürfte dem Finanzplatz das Bankgeheimnis als komperativer Vorteil nicht für alle Zeiten erhalten bleiben. Die USA haben bei der Rechtshilfe in Sachen Steuerflucht einschneidende Regeln durchgesetzt und die Europäische Union fordert nun ebenfalls Amtshilfe in Steuersachen.

Das Bankgeheimnis sollte allerdings nicht die einzige Attraktion des Finanzplatzes sein. Der in Amerika verehrte Wettbewerbsforscher *Mancur Olson* glaubt, dass sich die Schweiz wegen ihrer politischen Struktur für finanzielle Dienstleistungen eigne. Sein postum herausgekommenes Werk «Power and Prosperity. Outgrowing Communist and Capitalist Dictatorships»⁶ untersucht den Zusammenhang zwischen Demokratie und Reichtum. Olson wendet sich gegen den zu Beginn der Neunzigerjahre herrschenden Glauben an den wirtschaftlichen Nutzen eines starken Regimes und damit gegen die Begeisterung für das Chile von General *Pinochet* und das autoritär regierte Singapur von *Lee Kuan*. Reichtum wird nach Olson ermöglicht durch das Entstehen breiter Interessenkoalitionen und durch Rechtssicherheit wie in den USA, Grossbritannien und der Schweiz. Mitbestimmung des Volkes in der direkten Demokratie erzeugt nach seiner Ansicht politische Stabilität und verhindert hohe Besteuerung. Die Schweiz hat somit beste Voraussetzungen für Banken, Versicherungen und Finanzmärkte (Olson, a.a.O., S. 19, 43). Wie das Schweizer Volk 1984 mit der Ablehnung einer sozialdemokratischen Initiative demonstrierte, verteidigt es auch das Bankgeheimnis.

Problemlösung auf der kleinstmöglichen Ebene

Die Schweiz hat neben Bankgeheimnis und einer starken Position bei den finanziellen Dienstleistungen auch ihre politischen Stärken. *Robert Nef* hat in seiner Publikation «Lob des Non-Zentralismus»⁷ und in weiteren Schriften auf die Bedeutung der Privatautonomie und der Kommunalautonomie für eine lebendige

Die Rettung der
Uhrenindustrie
dient inzwischen
sowohl in der
Schweiz als
auch an
amerikanischen
Hochschulen als
Fallstudie.

Gemeinschaft hingewiesen. Wie die Bezeichnung «Non-Zentralismus» andeutet, markiert er bewusst eine Gegenposition zur zentralistischen und bürokratischen Tendenz in der Europäischen Union. Er fordert einen Föderalismus, der dafür sorgt, dass Problemlösungen auf der kleinstmöglichen Ebene vorgenommen werden. Das von Brüssel aufgenommene Schlagwort «Subsidiarität» schafft allein noch keine lokale Autonomie. Die Gebietskörperschaften müssen auch die für ihre Entscheidungen notwendigen Mittel erhalten. Es geht also nicht ohne eine gewisse steuerliche Autonomie. Im Idealfall sollten die Bezahler auch die Nutzniesser sein. Die Schweiz mit ihrer steuerlichen Autonomie für 26 Kantone und 3000 Gemeinden kommt dem Postulat wohl recht nahe. Obschon *Nef* engagiert für mehr Föderalismus kämpft, erhebt er die Schweiz nicht zum Modell. Der Schweizer Föderalismus ist zwar ein Vergleichsobjekt. Er verdankt seine Entstehung aber einer glücklichen Geschichte. Kleinheit und die Verschonung vor Kriegen haben das Ihre beigetragen zur Bewahrung der dezentralen Entscheidungsbefugnisse.

Fazit:

Erstens: Finanziell und wirtschaftlich ist die Schweiz trotz ihrer Selbstdarstellung kein Kleinstaat. Sie muss angesichts ihres Sozialprodukts und der von Weltbank und Internationalem Währungsfond bestimmten Quote als mittelgrosser Wirtschafts- und Finanzpartner eingestuft werden. Während aber multinationale Firmen mit Hauptsitz in der Schweiz im Laufe der Globalisierung immer grösser wurden, hat sich der politische Einfluss der Schweizer Bürger und ihrer Regierung vermindert. Die politische Marginalisierung des Kleinstaates hängt zusammen mit den wirtschaftlichen Erfolgen seiner Grossunternehmen. Eine ähnliche Erfahrung machten die Finnen mit dem Erfolgsunternehmen Nokia.

Zweitens: Die Ökonomen liefern nachträgliche Erklärungen für wirtschaftliche Effizienz. Aber das Beispiel Schweiz zeigt, dass die Prosperität nicht bloss eine Folge der Rudel-Situation in der Basler Pharmaindustrie oder der breiten Interessenkoalition hinter dem Finanzplatz ist. Reichtum

⁶ Mancur Olson, *Power and Prosperity*, New York 2000.

⁷ Robert Nef, *Lob des Non-Zentralismus*, St. Augustin 2002.

ist auch die Folge einer glücklichen Geschichte. Während den europäischen Glaubenskämpfen flüchteten protestantische Unternehmer in die Schweiz. Die Bewahrung in zwei Weltkriegen und die Exportmöglichkeiten beim westeuropäischen Wiederaufbau im Kalten Krieg führten zu einem schnellen Anstieg des Wohlstandes. Europas Geschichte zeigt, dass Reichtum wieder wegschmelzen kann. So haben die italienischen Städte ihre Rolle und ihre Vermögen zur Zeit der Renaissance wieder verloren, der portugiesische und spanische Wohlstand hat das Zeitalter der Entdeckungen nicht überdauert. Auch die britische Herrschaft über die Weltmeere und der Glanz des französischen Sonnenkönigs sind heute Erinnerungen.

Drittens: Kleinstaaten sind wegen ihrer geographischen und historischen Einbettung nur bedingt vergleichbar. Das wirtschaftlich aufstrebende Estland und der zum Dienstleistungszentrum verwandelte Rentnerstaat Schweiz haben ausser der Kleinheit wenig gemeinsam. Es ist kein Zufall, dass die Esten die EU-Mitgliedschaft anstreben, während die als Finanzplatz weitgehend globalisierte Schweiz sich mit bilateralen Verträgen begnügt. Anpassen müssen sich Kleinstaaten aber in jedem Fall. Die Schweiz muss Gegenleistungen erbringen für ihre bilateralen Verträge mit Brüssel und für die Präsenz ihrer Banken in New York. Der Verzicht auf die EU-Mitgliedschaft könnte sich zudem als Selbstüberschätzung erweisen und zum Absturz führen wie bei der *Swissair*.

Viertens: Staaten haben neben dem wirtschaftlichen und politischen Schicksal auch eine nationale Identität. Wie verschieden diese sein kann, zeigt wiederum der Vergleich zwischen Estland und der Schweiz. Estlands Identität hat viel zu tun mit der Selbstbehauptung gegenüber der Russifizierung und ist daher auf die Bewahrung der eigenen Sprache und Kultur

Europas
Geschichte zeigt,
dass Reichtum
wieder
wegschmelzen
kann.

ausgerichtet. Diese Eigenschaften sind in Europa heute kaum bedroht und können höchstens durch Desinteresse oder Amerikanisierung abgebaut werden. Das Bewusstsein für die nationale Eigenart könnte durch den Umgang mit anderen Nationen in der EU sogar gewinnen. Anders sieht die europäische Integration für die Schweiz aus. Das aus unterschiedlichen Sprachgruppen zusammengesetzte Land bezeichnet sich selber als Willensnation. Die Gemeinsamkeit beschränkt sich aber auf die Geschichte und die politischen Institutionen. Direkte Demokratie und die Autonomie der Kantone und Gemeinden sind nach Ansicht der Politologen⁸ ein wirksames Mittel, um Konflikte wie in Nordirland, Belgien oder Jugoslawien zu vermeiden. Eine EU-Mitgliedschaft würde die Bedeutung dieser Institutionen einschränken. Die Integration in das multikulturelle Europa würde zudem die historische Funktion der Schweiz als Fluchtziel für Randgruppen aufheben. Die Sprachgruppen könnten sich jetzt auch politisch jenen Zentren anschliessen, die für ihre Schriftsteller und Kulturschaffenden schon bisher Bezugspunkt waren.

Fünftens: Nationale Identität ist weder eine unmittelbare Folge des Lebensstandards, noch lässt sie sich aus politischen Faktoren erklären. Sie ist wie das Schicksal des Einzelmenschen letztlich ein Folge von Entscheidungen. Wer für etwas kämpft, wird nicht marginalisiert. Und wer sich als Opfer betrachtet, hat den Kampf gegen die Bedeutungslosigkeit eigentlich bereits aufgegeben. Mir imponiert daher der Gedanke eines Schweizers, der sich besonders intensiv mit der Spannung zwischen Weite und nationaler Enge befasst hat. *Karl Schmid* schrieb in seinem Buch «Unbehagen im Kleinstaat»: «Nicht die Schwäche macht klein, und nicht die Grösse macht gross. Klein ist, was lau ist und schief; gross ist, was stark ist und warm und seine Mitte in sich selbst trägt.»⁹ ♦

⁸ Wolf Linder, *Swiss Democracy. Possible Solutions of Conflict in Multicultural Societies*. St. Martins Press, INC New York 1994.

⁹ Karl Schmid, *Unbehagen im Kleinstaat*, 2. unveränderte Auflage, Zürich 1963, S. 229.